

BESCHLUSSVORLAGE

			Vorlage-Nr.: B 05/0309
50 - Amt für Soziales			Datum: 25.08.2005
Bearb.	: Herr Hanak, Lothar	Tel.:	öffentlich
Az.	:		

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Sozialausschuss

25.08.2005

Haushalt 2006/2007; Budget 9020, Notunterkünfte

Beschlussvorschlag

Der Sozialausschuss beschließt gemäß Anlagen 1 und 2 zur Vorlage Nr. B 05/0309 für den Grundhaushalt 2006/2007

1. die Ansätze des Verwaltungshaushaltes und der Finanzplanung mit nachstehenden Änderungen:

HHSt	Bezeichnung	+	-	Neuer Ansatz €	
				2006	2007
4350.11000	Kostenersatz Obdachlose		20.000	50.000	50.000
4360.14000	Nutzungsentuschädigungen		30.000	400.000	400.000
4350.41400	tariflich Beschäftigte		37.500	0	0
4350.43400	VBL tariflich Beschäftigte		2.900	0	0
4350.44400	SozVers tariflich Beschäftigte		7.700	0	0
4360.41400	tariflich Beschäftigte		68.800	0	0
4360.43400	VBL tariflich Beschäftigte		5.300	0	0
4360.44400	SozVers tariflich Beschäftigte		14.200	0	0
4360.50000	bauliche Unterhaltung		7.000	27.700	28.500
4360.52000	Inventarunterhaltung		3.000	7.000	7.000
4360.54000	Bewirtschaftungskosten		31.000	219.000	219.000
4360.54200	Sachversicherungen		2.000	20.000	20.000
4360.65200	Gebühren Fernmeldeanlagen		1.000	2.500	2.500
4360.68000	Abschreibungen		31.000	77.600	78.200
4360.68500	Verzinsung Anlagekapital		31.000	94.800	91.500
4350.67952	Erstattung PK Hausmeister	6.000		6.000	6.000
4360.67952	Erstattung PK Hausmeister	43.300		43.300	43.300

Die Ansätze der Finanzplanung werden entsprechend angepasst.

Sachbearbeiter/in	Abteilungsleiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/außerplanm. Ausgaben: Amt 20)	Dezernent/in

2. die Ansätze des Vermögenshaushalts
mit nachstehenden Änderungen:

HHSt	Bezeichnung	+	-	Neuer Ansatz 2006 €
4360.95021	Unt. Am Knick, Eingangstüren		8.000	0
4360.95022	Unt. Am Knick, Dachsanierung		8.000	0
4360.95030	Abrisskosten	30.000 *		30.000

* 14.000 € kommen aus dem Budget 5000

3. die Ansätze des Investitionsprogramms.

Sachverhalt

Auf die notwendigen Maßnahmen für die Notunterkünfte wurde in der Vorlage Gebührenbedarfsberechnung hingewiesen. Die Konsequenzen müssen auch im Haushaltsplan umgesetzt werden. Alle erforderlichen Änderungen sind im Beschlussvorschlag aufgeführt.

Die Ausgaben im Verwaltungshaushalt werden um 193.100 € reduziert. Zieht man die Personalausgaben (136.400 € fallen zukünftig im Amt 68 an) für die Hausmeister und die Einnahmeverminderung von 50.000 € ab, ergibt sich unter dem Strich eine Einsparung von 6.700 €. Dieser Betrag sollte im Budget 5000 verwendet werden.

Im Vermögenshaushalt 2006 geplante Erneuerungen in der Unterkunft Am Knick können entfallen (16.000 €). Zusammen mit den gesparten 14.000 € aus dem Budget 5000 sollten 30.000 € für Abrisskosten eingesetzt werden, sofern sich kein Abnehmer findet.

Insgesamt sind alle Änderungen in den Budgets des Amtes für Soziales kostenneutral.